

Nachdem Bundeskanzler Friedrich Merz am Sonntag abgereist war, dauerte es keine 24 Stunden, bis man das Fazit des Gastgebers erfuhr. Schon am Montag sprach der israelische Ministerpräsident vor der Knesset über den Besuch. In seiner Rede betonte Benjamin Netanjahu stolz, dass es Merz gewesen sei, der ihn um den Termin gebeten habe: „Er wollte kommen.“ Als ob der deutsche Kanzler ein Fan wäre, der um eine Audienz bei King Bibi bittet. Und falls die Botschaft noch nicht angekommen war, fügte Netanjahu hinzu: Bei Meinungsunterschieden mit Deutschland werde man sich „nicht verneigen“.

Grund der Debatte in der Knesset war die zunehmende Isolation Israels. Sie ist eine unvermeidliche Folge seiner Kriegsführung und der Absage an einen territorialen Kompromiss mit den Palästinensern. Auch die fragile Waffenruhe, die Netanjahu auf amerikanischen Druck hin im Oktober akzeptieren musste, hat das internationale Ansehen des Landes kaum verbessert. Umso gelegener kam Netanjahu nun der Besuch eines führenden europäischen Regierungschefs. Andere europäische Staats- und Regierungschefs hatten bisher deutlichen Abstand zu einer Person gehalten, die vom Internationalen Strafgerichtshof gesucht wird – wie der britische Premier Keir Starmer, der Jerusalem nach mehr als einem Jahr im Amt weiterhin meidet. Wer von Bibi zumindest eine Prise Dankbarkeit gegenüber seinem Freund Friedrich erwartet hätte, kennt ihn schlecht. „Wenn Jerusalem anruft, beugt sich Berlin dessen Willen“, hatte der deutsche Journalist Jakob Augstein einmal fantasiert. Derzeit ist jedoch festzustellen, dass in Jerusalem kaum Notiz davon genommen wird, wenn Berlin anruft. Für Netanjahu zählt allein das Wort von Donald Trump.

Während israelische Medien darüber berichteten, wie sehr der Besuch dem Premier helfe, sein Image aufzupolieren, beschäftigten sich deutsche Medien mit einer ganz anderen Frage. „Das Wort Staatsräson fällt nicht“, titelte die FAZ. „Merz bekannte sich zur besonderen Verantwortung Deutschlands für das Existenzrecht Israels“, meldete Welt-TV, „allerdings ohne den Begriff Staatsräson zu verwenden.“ In der *Südwest Presse* wurde gar spekuliert, ob der Kanzler sich von der Staatsräson „befreien wollte“. Gemeint ist die Selbstverpflichtung von Angela Merkel, Israels Existenz sei Teil der deutschen Staatsräson – ein Satz, der durch ihre Rede 2008 vor der Knesset berühmt wurde. Der Begriff wurde von ihrem Nachfolger Olaf Scholz übernommen und steht auch im aktuellen Koalitionsvertrag.

Schlägt Merz nun eine neue Richtung im deutsch-israelischen Verhältnis ein, indem er auf den Begriff verzichtet? Wohl kaum. In der Gedenkstätte Yad Vashem schrieb er ins Gästebuch, Deutschland müsse für die Existenz und Sicherheit Israels eintreten. „Das gehört zum unveränderlichen Wesenskern unserer Beziehungen, und zwar für immer.“ Später

Worthülsen

Wesenskern statt Staatsräson? Auch im Umgang mit Israel ist es deutscher Nationalsport, sich auf Begriffe zu kaprizieren. Aber auf die kommt es letztlich gar nicht an.

Von Meron Mendel

wiederholte er diese Formulierung auf der Pressekonferenz.

Ob die Dolmetscher dort den Unterschied zwischen „Staatsräson“ und „Wesenskern“ ins Hebräische übertragen konnten, ist mehr als fraglich. Es ist bekanntlich ein deutscher Nationalsport, sich auf Begriffe zu kaprizieren. Man schmückt sich mit Phrasen und Worthülsen und erspart sich damit die Auseinandersetzung mit konkreten politischen Verhältnissen. So wird ausgeblendet, dass der Begriff Staatsräson damals Ehud Olmert unterstützen sollte – den bislang letzten israelischen Ministerpräsidenten, der ernsthaft für die Zweistaatenlösung arbeitete.

**Friedrich Merz hat
bei seinem Besuch
in Jerusalem
die Falschen gestärkt**

Ob man es „Staatsräson“ oder „Wesenskern“ nennt, ist daher Nebensache. Wichtiger ist, was deutsche Verantwortung gegenüber Israel bedeutet, wenn in Jerusalem Rechtsradikale die Politik dominieren. Entscheidend ist, auf welcher Seite der tief gespaltenen israelischen Gesellschaft deutsche Politik stehen will. Wem an der Existenz der israelischen Demokratie gelegen ist, dem sollte die Wahl zwischen Rechtsradikalen und Liberalen nicht allzu schwerfallen. Und falls der Einwand kommt, es handle sich um eine interne israelische Angelegenheit, aus der man sich in Berlin heraushalten sollte? Dann könnte man sich vielleicht ein Beispiel am Verhalten des israelischen Botschafters in Berlin nehmen, der sich regelmäßig in innere deutsche Angelegenheiten einmischt. Er kommentiert Kulturevents wie die Documenta und die Berlinale, er bewertet eine ARD-Korrespondentin in Tel Aviv.

Im Sommer traf Friedrich Merz die überfällige Entscheidung, Exporte von Rüstungsgütern zu stoppen, die in Gaza

zum Einsatz kommen könnten. Schon damals warnten die Netanjahu-Apologeten in Deutschland vor verheerenden Folgen. Die *Jüdische Allgemeine* sah das deutsch-israelische Verhältnis „schwer belastet“. Ihr Chefredakteur erklärte die „Staatsräson“ gar für tot. Doch es handelte sich nur um eine Scheinkrise. Denn auch wenn man in Jerusalem nicht begeistert war, musste die Regierung die Entscheidung schlucken – aus einem einfachen Grund: Sie kann sich derzeit keinen diplomatischen Konflikt mit Deutschland leisten. In der EU gibt es kaum noch Länder, die bereit sind, an Israels Seite zu stehen. In den vergangenen Monaten hat Deutschland immer wieder in europäischen Gremien zugunsten Israels interveniert, zuletzt im Streit um den Ausschluss des Landes vom Eurovision Song Contest.

Vor lauter Debatten über Begriffe und vermeintliche diplomatische Krisen blieb das Ergebnis des Antrittsbesuchs weitgehend unbeachtet. Auch wenn es vermutlich nicht beabsichtigt war, muss man feststellen: Der Besuch hat die Falschen in der israelischen Politik gestärkt. Netanjahu kann sich im Glanz der Anerkennung eines wichtigen europäischen Regierungschefs sonnen. Als Merz in der gemeinsamen Pressekonferenz für die Zweistaatenlösung wirbt, reagiert Netanjahu mit einer deutlichen Absage. Ein Treffen mit dem Oppositionsführer Jair Lapid fand zwar statt, doch für Gespräche mit Menschenrechtsorganisationen oder Friedensinitiativen blieb Merz offenbar keine Zeit – eine verpasste Chance, ein wichtiges Signal zu setzen. Gerade die auf einen Frieden ausgerichteten Kräfte benötigen heute mehr denn je Unterstützung aus Europa, da sie zunehmend unter Druck der Regierung stehen – sei es durch Polizeigewalt gegen Demonstranten oder neue Gesetze, die drakonische Besteuerungen von NGOs ermöglichen sollen.

2017 hatte der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel einen Eklat ausgelöst, als er bei seinem Israel-Besuch auf ein Treffen mit Vertretern regierungskritischer Organisationen bestand. Er rückte davon auch nicht ab, als deshalb das Treffen mit Netanjahu abgesagt wurde. Diesen Mut hätte man auch dem Kanzler gewünscht – ganz gleich, ob man es nun unter „Staatsräson“ oder „Wesenskern“ verbucht.

Meron Mendel ist Professor für Soziale Arbeit und Leiter der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main.